

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Mittwoch, 14.12.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 12:00 Uhr

Ende: 14:00 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Vertretung für: Frau Heidemarie Mundlos

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Dr. Hans E. Müller - AfD

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Thorsten Wendt - CDU

Vertretung für: Herrn Kurt Schrader

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Arnim Graßhoff -

Herr Andreas Paruszewski -

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Frau Christine Wolnik -

Herr Rolf Kamphenkel -

Herr Norbert Velten - Sprecher AGW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether -

Frau Claudia Barget - Verwaltung

Frau Jaqueline Puls -

Abwesend

Mitglieder

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

entschuldigt

Herr Kurt Schrader - CDU

abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2016
- 3 Flüchtlingsangelegenheiten
- 4 Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 16-03430
- 5 Braunschweiger Bürgerhaushalt 16-03445
- 6 Mitteilungen
- 6.1 Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 -2020; Beantwortung von Anfragen und Anregungen der Fraktionen 16-03435
- 7 Anträge
- 7.1 Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung: Geschäftsverteilung und Zuständigkeiten zwischen Sozialdezernat und Jobcenter 16-03416
- 8 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie regt an, die Mitteilung zu TOP 6.1 im Anschluss an den TOP 3 zu behandeln, weil dadurch die Anfragen und Anregungen der Fraktionen zum Haushalt beantwortet werden.

Ratsfrau Buchholz erläutert, dass der Antrag zu TOP 7.1 als Anfrage zu verstehen sei, eine Abstimmung über die Aufnahme auf die Tagesordnung ist aufgrund der fristgerechten Einreichung entbehrlich.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2016

Die Niederschrift wird ohne weitere Anmerkungen beschlossen.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9; dagegen: 0; Enth.: 2

3. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Hanke führt die aktuellen Flüchtlingszahlen aus.

Derzeit beträgt die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge 187, von denen 76 in städtischen Einrichtungen untergebracht seien.

Zurzeit sind 427 Erwachsene Flüchtlinge zugewiesen worden (Stand: 30.11.2016). Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass die Zuwendungsquote von 437 bis zum Jahresende nicht ausgeschöpft werden wird.

Die Flüchtlinge sind wie folgt untergebracht:

117 Flüchtlinge in der Arminiusstraße

97 Flüchtlinge in der Saarbrückener Straße

81 Flüchtlinge in Wohnungen der Nibelungen-Wohnbau-GmbH

Darüber hinaus sind Flüchtlinge bei Freunden und Verwandten untergebracht.

Auf Nachfrage von Herrn Merfort wird die Anzahl dieser Personen zum Protokoll wie folgt beantwortet:

"103 der 427 zugewiesenen Flüchtlinge wohnen nicht in städtischen Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. in dezentralen Wohnungen zur Unterbringung sondern bei Verwandten, Freunden etc. Diese Zahl variiert ständig durch weitere Zuweisungen, freiwillige Ausreisen, Anerkennungen, Abschiebungen etc. Es ist davon auszugehen, dass ein Teil dieses Personenkreises nach Fertigstellung der Standorte dort aufgenommen wird."

Des Weiteren teilt Frau Dr. Hanke mit, dass zu Jahresbeginn eine Beschlussvorlage zum weiteren Nutzungskonzept der Unterkünfte vorgelegt werde.

4. Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020

16-03430

Anfragen und Anregungen

A 015

Frau Ohnesorge weist auf widersprüchliche Aussagen hinsichtlich der Erstellung eines schlüssigen Konzepts zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft hin.

Herr Klockgether erläutert dazu, dass es eine mittelbare Verpflichtung zur Erstellung des schlüssigen Konzepts gebe, aber Erkenntnisse aus anderen Kommunen vorliegen, dass eine Umsetzung der Konzepte durch die Gerichte nicht anerkannt wurden. Deshalb sehe die Stadt derzeit aus Gründen der Rechtssicherheit von einer Umsetzung ab, bis eine höhergerichtliche Entscheidung vorliege.

Weitere Nachfragen auf die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anfragen und Anträgen der Fraktionen werden abschließend beantwortet.

Finanzunwirksame Anträge

FU 038 - BuT Anträge immer beilegen

Herr Klockgether führt aus, dass seitens der Leistungsgewährungen des Fachbereiches Soziales und Gesundheit weitestgehend so verfahren werde. Aufgrund der zentralen Bescheiderteilung der SGB II Leistungen durch die Bundesagentur für Arbeit sei es nicht möglich den Bescheiden Anträge für BuT-Leistungen beizufügen. Er weist auf die umfangreichen Informationen und Beratungen im Rahmen der Antragstellungen hin.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 0; Enth.: 1

FU 039 - Strategische Ziele FB 50 verändern

Herr Merfort erläutert, dass eine grundsätzliche Zustimmung der CDU-Fraktion nicht erfolgen könne, weil die zu Ziff. 1 geforderte pauschale Ausweitung und auch die zu Ziff. 3 geforderte generelle dezentrale Unterbringung abgelehnt würde.

Frau Schütze hält die Festlegung zu Ziff. 3, eine dezentraler Unterbringung aller Wohnunglosen bis Ende 2017 vorzusehen, für unrealistisch und nicht umsetzbar. Die SPD-Fraktion könne dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

Frau Ohnesorge schlägt darauf hin vor, die Ziffern getrennt voneinander abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung zu Ziff. 1: dafür: 7; dagegen: 4; Enth.: 0
zu Ziff. 3.: dafür: 2; dagegen: 8; Enth.: 1
zu Ziff. 4: dafür: 7; dagegen: 4; Enth.: 0

FU 041 - Politische Schwerpunktsetzung bei vorsorgeorientierter Haushaltspolitik

Herr Merfort erläutert, dass sich der Antrag nicht ausschließlich auf den Teilhaushalt des Fachbereiches für Soziales und Gesundheit beziehe und er deshalb im Rahmen des Gesamthaushaltes berücksichtigt werden solle.

Frau Schütze verweist auf eine noch ausstehende interfraktionelle Abstimmung und stellt deshalb den Antrag auf passieren lassen:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 0; Enth.: 1

Finanzwirksame Anträge

Dem Vorschlag von Frau Schütze gleichlautende Anträge gemeinsam abzustimmen wird zugestimmt.

Auf Vorschlag von Frau Naber werden die Anträge FWE 80, 81 und 110 zur Dynamisierung der Zuwendungen vor der Abstimmung der übrigen Anträge behandelt.

Herr Merfort erklärt, dass es noch Verhandlungen zwischen den Fraktionen im Hinblick auf einen tragfähigen Gesamthaushalt gebe. Seine Fraktion könne die vorliegenden Anträge weitestgehend unterstützen, werde sich aber vorerst überwiegend enthalten.

Herr Velten, Sprecher der AGW, sieht in den Anträgen der AfD auf vollständige Kürzung von Zuwendungen ein Affront gegen die Arbeit der Wohlfahrtsverbände.

Dr. Müller erklärt die Anträge der AfD damit, dass seine Fraktion sich dafür einsetze den Haushalt 2017 mit einer "schwarzen Null" abzuschließen. Darüber hinaus wirft er den Wohlfahrtsverbänden vor, wie Großkonzerne zu aggieren und sich im eigenen Interesse auszuweiten zu Lasten der Allgemeinheit.

Diese Haltung wird von den übrigen Fraktionen scharf zurückgewiesen und die Arbeit der Wohlfahrtsverbände ausdrücklich unterstützt. Um dies zu Unterstreichen verliest die Verwaltung auf Vorschlag von Frau Ohnesorge die Stellungnahme auf die AfD-Anträge.

FWE 80, 81 und 100

Unter Verweis auf weiteren Abstimmungsbedarf unter den Fraktionen beantragen Frau Schütze und Herr Merfort den Antrag passieren zu lassen, dies wird wie folgt beschlossen:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9; dagegen: 1; Enth.: 1

FWE 053 - Kinderarmut wirksam bekämpfen

Frau Schütze führt aus, dass der Antrag aus Sicht der SPD-Fraktion zu unkonkret ist und deshalb abgelehnt werde.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 2; dagegen: 9; Enth.: 0

Antrag SBR 120 - Stadtplan für ältere Menschen

Frau Ohnesorge bittet, bezogen auf alle Stadtbezirksratsanträge zum Haushalt 2017, über diese im Ausschuss abzustimmen und nicht wie oftmals in den Vorjahren passieren zu lassen. Sie erwarte eine kurze Information der Verwaltung zu den Anträgen, damit eine Abstimmung erfolgen könne.

Herr Klockgether erläutert zum Antrag des SBR 120, dass die Erstellung eines Stadtplanes für ältere Menschen in der Folge zu aktualisieren sei. Insofern würden in der Folge deutlich höhere Kosten auf die Verwaltung zukommen.

Herr Wiechers, aus dem SBR 120, schlägt vor die Erstellung eines Stadtplans im Stadtbezirk Östliches Ringgebiet als Pilotprojekt anzusehen, mit dem Ziel, dass auch weitere Stadtbezirke folgen werden.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7; dagegen: 4; Enth.: 0

FWE 123 neu - Zuschuss für die Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve

Frau Buchholz führt aus, dass sich die Nutzung der Begegnungsstätte aufgrund der zurückgegangenen Flüchtlingszahlen verändert habe. Der Verein möchte das Projekt aufgrund der entstandenen Aktivitäten weiter fortführen.

Frau Dr. Hanke verweist aufgrund der veränderten Nutzung auf die Gleichbehandlung mit anderen Stadtteilen, in denen ebenfalls Bedarfe nach Begegnungsstätten bestünden. Ergän-

zend teilt sie mit, dass der Antrag im Ausschuss für Integrationsfragen abgelehnt wurde.

Auf Antrag von Frau Schütze beschließt der Ausschuss den Antrag vorerst passieren zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 1; Enth.: 0

Investitionsprogramm 2016 -2020

Antrag SBR 221 und BIBS - Ergänzung d. sanitäten Anlagen Sinti-Platz Madamenweg

Frau Schütze berichtet, dass der Stadtbezirksrat 221 Anfang des Jahres eine Ortsbegehung plane. Sie beantragt aus diesem Grunde die Anträge bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit zu verschieben. Darüber wurde wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Antrag SBR 211 - Altes Feuerwehrhaus in Leiferde

Herr Klockgether führt ergänzend aus, dass grundsätzlich eine Nutzung auch durch den Seniorenkreis denkbar wäre, dann aber erhebliche Umbauten notwendig wären. Seitens der Liegenschaftsverwaltung wurde mitgeteilt, dass geplant sei das Gebäude zu veräußern.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 0; dagegen: 8; Enth.: 3

Anträge 116 und 117 - Wohnraum/Schaffung preiswerten Wohnraums

Die Verwaltung sichert zu, dass beabsichtigt sei eine grobe Schätzung der Kosten bis zur Entscheidung im Rat vorzulegen.

Der Antrag auf passieren lassen wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Auf Vorschlag von Frau Schütze werden die Ziffern 2, 7, 8 18 und 19 gemeinsam mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Ansatzveränderung - Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW)

Die geplante Ansatzveränderung der Verwaltung wird positiv zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ersatzbeschaffung eines PKW's für das Gesundheitsamt

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Die nicht aufgeführten Anträge wurden ohne weitere Aussprache abgestimmt. Die Einzelergebnisse sind der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Beschluss:

1. Über die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und über die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) wird abgestimmt wie in den Anlagen vermerkt. Die Anlagen samt Einzelabstimmungsergebnissen sind Bestandteile des Beschlusses.
2. Dem Entwurf des Haushaltsplans 2017 einschließlich der unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit (Anlage 3) und dem Entwurf des Investitionsprogramms 2016 -2020 wird unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anträgen der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Einzelabstimmungsergebnisse zu Ziff. 1 sind erfolgt (s. Anlage)

Im übrigen wird zu Ziff. 2 die Beschlussvorlage mit "passieren lassen" entschieden mit folgendem Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

5. Braunschweiger Bürgerhaushalt

16-03445

Vorschlag Nr. 3384 - Dringendst sozialen Wohnraum schaffen

Herr Merfort hält den Bürgerantrag durch den gefassten Ratsbeschluss zu der gleichen Thematik für erledigt.

Frau Ohnesorge möchte zum Ausdruck bringen gegenüber dem Bürger, dass der Antrag vom Ausschuss für Soziales und Gesundheit positiv unterstützt werde. Sie betrachte ihn aber ebenfalls durch den Ratsbeschluss für erledigt.

In der Folge sprechen sich 9 Ausschussmitglieder für die folgende Aussage aus:

"Der Ausschuss hat den Antrag behandelt, betrachtet ihn aufgrund des Ratsbeschlusses zu diesem Thema als erledigt."

Zwei Ausschussmitglieder plädieren für folgende Aussage:

" Der Antrag wird positiv unterstützt, aber durch den Ratsbeschluss als erledigt betrachtet."

Vorschlag Nr. 3317- Kapazität vom Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof optimieren

Der Antrag wird positiv zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Beschluss:

Über die dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit vorzulegenden Bürgerhaushalts-Vorschläge wird abgestimmt wie in der Anlage vermerkt. Die Anlage samt Einzelabstimmungsergebnissen ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8; dagegen: 0; Enth.: 3

6. Mitteilungen

- 6.1. Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 -2020; Beantwortung von Anfragen und Anregungen der Fraktionen** 16-03435

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7. Anträge

- 7.1. Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung: Geschäftsverteilung und Zuständigkeiten zwischen Sozialdezernat und Jobcenter** 16-03416

Der Antrag wird als Anträge behandelt.

Herr Klockgether erläutert, dass das Jobcenter für die Gewährung der Regelleistungen zuständig sei. Die Zuständigkeit der Kommune beschränke sich auf die Gewährung der kommunalen Leistungen zu denen u. a. die Kosten der Unterkunft und Einzelleistungen wie z. B. die Wohnungserstausstattung gehöre.

Die Gewährung der Regelleistungen richte sich nach Handlungsempfehlungen der Bунdesagentur. Für die Gewährung von kommunalen Leistungen werden von der Stadt Fachbereichsverfügungen erlassen. Das bisherige Verfahren sah bei der Wohnungserstausstattung grundsätzlich Gutscheine vor. Die Fachbereichsverfügung wurde diesbezüglich aktuell geändert, so dass nun Geldleistungen gewährt werden.

Die Erläuterungen werden zur Kenntnis genommen.

gez.

Schütze

Ausschussvorsitzende

gez.

Dr. Hanke

Dezernentin

gez.

Barget

Schriftführerin

Haushaltssitzung 2017 - Anfragen/Anregungen und finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr. Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezahlung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017		2017		Veränderungen in €		2018 Erträge	Aufwendungen Erträge	2019 Aufwendungen	Erträge	2020 Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkontrolle/Anmerkungen)	
			In €	bisher	neu	Erträge	Aufwendungen									
finanzunwirksame Anträge																
38	1.31.3470.10 Bildungs- und Teilhabepaket §6b BKG	DIE LINKE	EuT Anträge immer beilegen													
Beschlussvor schlag: Die Verwaltung wird gebeten:																
			1. Bei sämtlichen Formularen und Bescheiden nach SGB, Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld und/oder Kindergeldzuschlag, immer einen Antrag auf BuT-Leistungen mit einer entsprechenden Erdulierung, hinzuzufügen.													
			2. In die Trägerversammlung des Jobcenters Braunschweig einen entsprechenden Vorschlag einzubringen.													
			3. Falls nötig, zusätzliches Personal für diese Aufgabe einzustellen.													
Begründung: Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) soll für Leistungsberechtigte und Geringverdiener die Teilhabe am öffentlichen Leben verbessert werden. In der Praxis findet dies in zu geringem Umfang statt. Dies u.a. deshalb, weil Unkenntnis über den Leistungsanspruch besteht und die Antragstellung in der derzeitigen Form eine große bürokratische Hölle darstellt.																
39	50 Strategische Ziele	DIE LINKE	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:	10	dagegen:	0	Enthaltung:	1								
Strategische Ziele FF 50 verändert Beschlussvor schlag: neu: 1. Beibehaltung und Ausweitung der Aktivitäten für alle Langzeitarbeitslosen, insbesondere für junge Menschen sowie eine angemessene Bereitstellung von kommunalen Eingliederungsleistungen, z. B. psychosoziale Betreuung 2. wie im Entwurf 3. Schaffung einer bedarfsgerechten Wohnsituation für benachteiligte Personengruppen, Verhinderung von Wohnunglosigkeit und Erreichung einer kurzen Verweildauer in der Wohnunglosenunterkunft; dezentrale Unterbringung aller Wohnunglosen bis Ende 2017 4. Verbesserung der Teilhabe am öffentlichen Leben durch die weitere Ausstattung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden sowie die Ausstattung der Begegnungsstätten 5. wie im Entwurf Begründung: erfolgt mündlich																
alt: 1. Beibehaltung der Aktivitäten für alle Langzeitarbeitslosen, insbesondere für junge Menschen sowie eine angemessene Bereitstellung von kommunalen Eingliederungsleistungen, z. B. psychosoziale Betreuung 2. siehe Entwurf 3. Schaffung einer bedarfsgerechten Wohnsituation für benachteiligte Personengruppen, Verhinderung von Wohnunglosigkeit und Erreichung einer kurzen Verweildauer in den Wohnunglosenunterkünften; möglichst dezentrale Unterbringung 4. Verbesserung der Teilhabe am öffentlichen Leben durch die weitere Einrichtung behindertengerechter Zugänge und Personenaufzüge in öffentlichen Gebäuden sowie die Ausstattung der Begegnungsstätten 5. siehe Entwurf Begründung: erfolgt mündlich																
			Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:		dagegen:		Enthaltung:									
<i>Geheimer Abstimmung zu Ziff. 1: 7/4/0 zu Ziff. 3: 2/8/1 zu Ziff. 4: 7/4/0</i>																

TOP 4.

Haushaltsteslesung 2017 - Anfragen/Anregungen und finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		2017		2018		2019		2020		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen													
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen															
41	alle	divers*	CDU	Politische Schwerpunktsetzung bei vorsorgeorientierter Haushaltspolitik		Als Kompensation für ergebniswirksame Haushaltserträge werden für jeden Euro, der zusätzlich durch Anträge der Ratsfraktionen in den Ergebnishaushalt eingestellt wird, zwei Euro aus den ergebniswirksamen Haushaltssatzungen gestrichen.																						
				Begründung: Nach einer mehrmonatigen Debatte, welche im Frühjahr mit den Haushaltseratungen ihren Ausgang nahm, wurde im Juni mit breiter Mehrheit ein Ratsbeschluss gefasst, im welcher der stufenweisen Abbau des strukturellen Defizits im städtischen Haushalt vorsieht. Dies wurde seitens der Verwaltung mit rund 15 Millionen Euro beziffert, im aktuellen Entwurf des Haushaltspfanes geht man für das kommende Jahr sogar von einem Defizit von rund 30 Millionen Euro aus.		Es bedarf also einer erheblichen Anstrengung, um die strukturelle Lücke im Ergebnishaushalt der Stadt zu schließen. Die Verwaltung hat dabei einen zurückhaltenden, wenn auch respektablen Vorschlag gemacht im Finanzplanungszzeitraum bis 2020 soll jedes Jahr eine zusätzliche Million strukturelle Verbesserung erwirtschaftet werden. Übergangsweise soll in 2017 mit der sogenannten Rasanmäher-Methode gearbeitet werden. Ab dem Haushalt 2018 soll auf den Ergebnissen einer systematischen Überprüfung der Aufgaben und Standards aufgesetzt werden, welche weitere Einsparpotenziale aufzeigen soll.																						
				Es besteht jedoch trotz des strukturellen Defizits die Notwendigkeit, gezielt politische Schwerpunkte setzen zu können. Die CDU-Fraktion hält es für sinnvoll und möglich, auf die vorgeschlagene Weise den Spagat zwischen Ausgabendisziplin und politischen Frontalsetzungen zu schaffen.		PR 25.12.2016 10/1 C 1.1																						
42	alle	diverse	P ²	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:		dagegen:		Enthaltung:																		
				Begründung: Kennzahlenertrag mit 3 Ist-Werten		Beschlussvorschlag: Die Angabe von Kennzahlen wird ab dem Haushalt 2018 mit drei Ist-Werten erfolgen - sofern diese vorhanden sind.																						
				Begründung: Andrerfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.																								
				Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:		dagegen:		Enthaltung:		1																

Haushaltssitzung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Teilhaushalt Ref-0500 - Sozialreferat

23 von 50 in Zusammenstellung

QP 4.

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €	2017 neu	2018 bisher	Veränderungen in €	2019	2020	Dauer
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Erträge Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
55	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	BBGS	Erhöhung Zuschuss Frauen- und Mädchenberatung bei sexueller Gewalt e.V. Die Frauen- und Mädchenberatung geht mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen zunehmend in Not. Daher werden dringend mehr Personal- und Raumkapazitäten, um dem deutlich gestiegenen Bedarf in mehreren Arbeitsbereichen gerecht zu werden.						dauern:
56	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	DIE LINKE	Anhebung Zuschuss Frauen- und Mädchenberatung	+ 113.920	+ 113.920	+ 113.920	+ 113.920	+ 113.920	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis										
dafür:										
dagegen:										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebn										

Haushaltsteslung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Anlage

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planausatz 2017 In €		2017 neu	Erträge Aufwendungen	2018 Erträge Aufwendungen	2019 Erträge Aufwendungen	2020 Erträge Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrags/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu								
57	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Tagestreff (GLU)	Der Tagestreff für Obdachlose leistet sog. "niedrigschwellige" Hilfe unter Einbeziehung der Methodenansätze von Straßensozialarbeit sowie eines geschulten Treffunkangebotes für Frauen in besonderen Armut- und Notlagen. Der Tagestreff ist nach wie vor weit über das erforderliche Maß von 25 Wochenstunden gefüllt. Die Mehrleistung erbringt der Tagestreff durch den Einsatz der Mitarbeiter in gesperrter Arbeitszeit und durch den Einsatz von Ehrenamtlichen. Aus diesen Gründen soll nun der städtische Förderbeitrag angehoben werden.							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
58	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIÉ LINKE	Antebung Zuschuss Tagestreff für Obdachlose GLÜ			+ 13.900	+ 13.900	+ 13.900	+ 13.900	+ 13.900	dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:													
59	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIÉ LINKE	Antebung Zuschuss Tagestreff für Obdachlose GLÜ			+ 13.900	+ 13.900	+ 13.900	+ 13.900	+ 13.900	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:													
60	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Tagestreff für Obdachlose (GLU)	Der Tagestreff (GLU) ist eine bewohnte Einrichtung für Obdachlose in der Braunschweiger Innenstadt. Seit September 2013 befindet er sich in der Wilhelmstraße 95 (früher Theaterwall 12). Der Tagestreff leistet niedrigschwellige Hilfe für Menschen beiderlei Geschlechts in besonderen Armut- und Notlagen. In ihrem Zuschausantrag für das Haushaltsjahr 2017 hat die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Baraten mbH (DWB) nachvollziehbar dargelegt, dass der Zuschussbedarf für diese wichtige Einrichtung leicht angesteigen ist. Für die Stadt Braunschweig ergibt sich damit ein neuer Finanzierungsantrag von rund 85.800 €, eingeplant sind bislang aber nur 71.900 €.							0	erledigt durch Abstimmung zu 57,58 + 100
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:													
60	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Zuschuss Netzwerk Nützlichenlebe e.V.	Bisher gewährte Fördermittel stehen dem Verein nicht mehr zur Verfügung, was den Fortbestand der Arbeit des Vereins auf dem Gebiet öffener, sozialer Schulniederberatung gefährdet.			+ 21.000	0	0	0	0	einmalig 431810 Zuschuss an übrige Bereiche
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:													
													<i>Nr. 57, 58 + 100</i>
													<i>o Gemeinsame Freigabe/Anfrage</i>
													<i>o Enthaltungen: 10</i>
													<i>o Enthaltungen: 10</i>

Haushaltstesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

TOP 4.

stage

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Plantsatz 2017 in €		2017 Erträge	Aufwendungen	Erträge Aufwendungen	2019 Erträge	Aufwendungen	2020 Erträge	Aufwendungen	Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen					
				bisher	neu														
65	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BiBS	Erhöhung Zuschuss Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V.		Die Braunschweiger AIDS - Hilfe e.V. benötigt eine einmalige Erhöhung der städtischen Mittel, um die erfolgreiche Arbeit in der AIDS-Prävention, der Beratung und d												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
66	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	DI LINKE	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:	3	dagegen:	0	0	0	0	0	0	dauern.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
67	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	P	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:	2	dagegen:	2	0	0	0	0	0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
68	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BiBS	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:	10	dagegen:	3	0	0	0	0	0	dauern.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
69	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	P	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:	10	dagegen:	14	0	0	0	0	0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
705	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SPD	Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:	3	dagegen:	3	0	0	0	0	0	für 2 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			

Ania

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltssatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €				Veränderungen in €				Art des Ertrages/Aufwands (Sachkontrolle)/Anmerkungen
				bisher	neu	2017 Erträge	2018 Aufwendungen	2019 Erträge	2020 Aufwendungen	Dauer		

18 Transferaufwendungen		BBS		Keine weitere Aussetzung der "Zuschussdynamisierung" Die so genannte "Dynamisierung" im Bereich der Kontrahentenförderung wird wieder wie vom Rat für den Haushalt 2015 beschlossen, fortgesetzt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2017 eingestellt.		431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
80	Diverse			+ 183.000		+ 365.000	+ 457.500

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 Abstimmungsergebnis dafür:		dagegen:		Enthaltungen:		
DIE LINKE.	Erhöhung von Zuschüssen	1. Die Zuschüsse im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich werden um 3,14% angehoben. 2. Die Zuschüsse für Lizenzierter Übungsteilnehmer im Sport werden um 4,1% angehoben. 3. Zum Haushalt 2019 berichtet die Verwaltung anhand der Befragung der Zuschüsse, ob die Erhöhung auch zu Entgeltsverbeserungen für alle Beschäftigten im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich geführt hat.				
Diverse				Am 19.09.2016 hat die gemeinsame Kommission der LAG der Freien Wohlfahrtspflege, des Verbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe, des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste, der kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen und des Landes Niedersachsen beschlossen, dass die Vergütungen wie folgt angepasst werden sollen: Personalkosten: -4,1%; Sachkosten: -0,7%; Fahrtkosten: -3,4%. Weiter wurde beschlossen, dass die Vergütungsnachschale nach § 41 SGB X um 3,27% angehoben wird. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Personalkosten bei den Zuschüssen durchschnittlich 80% ausmachen, der Sachkostenanteil ca. 20% beträgt und die Fahrtkosten zu vernachlässigen sind, ergibt sich auf Grundlage dieses Beschlusses die Notwendigkeit, dass die Zuschüsse um 3,14% anzuheben sind. Ansonsten werden entweder Leistungen reduziert oder die Entgelte der Beschäftigten reduziert. Beides muss unbedingt vermieden werden. Auf Grundlage von ermittelten Beiträgen aus früheren Jahren ist von Kostensteigerungen in 2017 von ca. 400.000 € auszugehen. Diese Mehrkosten sind durch die Einführung einer Kulturförderabgabe gedeckt. Weiter muss betont werden, dass beim Thema "Dynamisierung des Zuschusses" der Spur bislang straffich vernachlässigt wurde. Das muss sich ändern. Die Mehrkosten betragen ca. 3.700 Euro und sind ebenfalls durch die Kulturförderabgabe gedeckt.	4318,00 Zuschuss an übrige Bereiche	
				Ammerkung der Verwaltung: Nach dem bisherigen Dynamisierungsbeschluss wurde von einer jährlich fort schreitenden Erhöhung vorgeschlagenen Kulturförderabgabe wäre eine Deckung der Zuschusseentnahmen voraussichtlich nur für 2 Jahre möglich.		

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:		TOP 4.	
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich /Wiederherstellung der Dynamisierung	110	Diverse
	1. Ob 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird 2017 wieder eingesetzt. 2. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3 % erhöht. 3. Für die Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vereinbarungen ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschaleitung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht.	110	daneben. 431810 Zuschuss an übrige Bereiche
	Im Haushaltsjahr 2014 konnte die langjährige Diskussion um eine regelmäßige bedarfsgerechte Anpassung von Zuschüssen für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich endlich beendet werden. Auf Beschluss des Rates erhielten die Freien Träger in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 durch die sogenannte Dynamisierung der Zuschüsse eine größere Planungssicherheit. Im Haushaltsjahr 2016 wurde diese Erungenschaft von begehrbarhand ausgesetzt – zunächst nur für ein Jahr. Die Verwaltung hat nun vorgeschlagen, die Dynamisierung in den nächsten drei Haushaltsjahren weiter aufzusetzen - 2017 und 2018 vollständig, 2019 in halber Höhe. Im Sinne der geförderten Einrichtungen, die zum Teil sogar kommunale Pflichtaufgaben im Auftrag der Stadt erfüllen, sollte diesem Verwaltungsvorschlag nicht gefolgt werden. Stattdessen sollte die Dynamisierung 2017 wieder vollständig eingesetzt und zusätzlich vereinfacht werden. Das bisherige Verfahren mit Einzelfallberechnung für jeden Zuschussempfänger ist zu aufwendig und führt zu keiner größeren Gerechtigkeit als ein pauschaliertes Verfahren, das bei fast keinem Zuschussempfänger 100 % seines Gesamthaushaltes finanziert werden. Es ist deshalb sinnvoll, ein vereinfachtes Verfahren zu entwickeln, wobei immer noch die Werte der gemeinsamen Landeskommision als Basis zugrunde gelegt werden sollten.	110	

TOP 4.

passieren. der Anträge 80, 81 u. 110

- FWE 123 neu -

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50 FB 50

Produkt / Kostenart

1.31.3151.20/ 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2017

Überschrift

Zuschuss für die Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve

Der Antrag gilt: einmalig dauerhaft für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) _____ + 37.164 €

Es wird zugleich folgende Deckung vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Der Verein "Toleranz, Respekt und interkulturelle Vielfalt TRIVT e.V." beantragt Fördermittel, damit sich die Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve zu einem Bürgerzentrum / Stadtteilladen für die Anwohner Kralenriedes entwickeln kann. Das Vorläuferprojekt am Steinriedendamm 14 läuft zum 31.12.2016 aus, und die Begegnungsstätte läuft somit Gefahr, seine wertvolle Arbeit im Bereich der Sozialarbeit in 2017 nicht fortsetzen zu können.

gez. Dr. Dr. Wolfgang Büchs

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

passieren 10/11/10

Haushaltsteslung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und ist Vorjahr in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Rastbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen	
Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden												
Teilhaushalt 20 - Finanzen												
Ergänzung d. sanitären Anlagen Sinti-Platz Madamenweg												
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			42.000		42.000	0	0	0	0		
4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 221	bisher	4.531.300	3.451.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Ergänzung der sanitären Einrichtungen "Am Sinti-Platz (Madamenweg)" um mindestens eine Frischwasserzuleitung sowie eine dementsprechend ausreichend dimensionierte Abwasserleitung nebst geeigneter Zapfstellen und Winterfestmachung am Ort	
			neu	4.573.300	3.451.300	312.000	270.000	270.000	270.000	0		
		Veränderung		42.000		42.000	0	0	0	0		
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:												
82	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 221	bisher	4.531.300	3.451.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Legung von Frisch- und Abwasserleitungen in ausreichender Anzahl und adäquater Ausstattung (winterfest) "Am Sinti-Platz (Madamenweg 9)" - Ergänzung und Sanierung der vorhandenen sanitären Anlagen
			neu	4.573.300	3.451.300	312.000	270.000	270.000	270.000	0		
		Veränderung		42.000		42.000	0	0	0	0		
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dagegen:												
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:												
Anträge genehmigt mit Ergebnis verschrieben in nähe Kritius - AJSG												
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:												
4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 211	bisher	4.531.300	3.451.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € für 2017 für das alte Feuerwehrhaus in Leiterde für infrastrukturelle Maßnahmen der Nahversorgung -Post, Bäcker, Bank, Wäscherei, etc.; medizinischer Versorgung sowie für soziale Begegnungen und Beratung im Ortsteil	
			neu	4.631.300	3.451.300	370.000	270.000	270.000	270.000	0		
		Veränderung		100.000		100.000	0	0	0	0		
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:												
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dagegen:												
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:												
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dagegen:												

Haushaltssitzung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahr in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
----------	------------------------	-------------------	-----------	---------------------	---------------------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-------------------------	-------------

Teilhaushalt 0600 - Baureferat

Wohnraum / Schaffung preiswerten Wohnraums

zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von jährlich 2 Mio. € für die Jahre 2017-2019 zur Schaffung von preiswertem Wohnraum; zur Schaffung zusätzlichen preiswerten Wohnraums soll die Stadt Braunschweig ein eigenes kommunales Wohnraumförderprogramm erstellen;

Falls an Braunschweig fließende Förderprogramme von Bund und Land die Grenze von 3 Mio. € pro Jahr überschreiten, sollen die kommunalen Mittel entsprechend reduziert werden. Damit sollte bei entsprechender Bundes- und Landesförderung das Wohnbauförderprogramm für preiswerten Wohnraum in Braunschweig 5 Mio. € erreichen.

Anmerkung der Verwaltung:

Ein Konzept wird derzeitig von der Verwaltung erarbeitet, so dass eine Aufteilung der Haushaltssmittel auf investive Maßnahmen bzw. Aufwandsmaßnahmen und die Jahre 2017 - 2019 derzeit nicht möglich ist.

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		dafür:									
17		dagegen:									

116	45.00 NEU	Wohnraum / Schaffung preiswerten Wohnraums	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bisher neu	0 0							
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		dafür:									
27		dagegen:									

116	45.00 NEU	Wohnraum / Schaffung preiswerten Wohnraums	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bisher neu	0 0							
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		dafür:									
27		dagegen:									

117	55.00 NEU	Wohnraum / Ankauf von Wohnungsbindungsrechten	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bisher neu	0 0							
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		dafür:									
27		dagegen:									

Genauer Ausdruck der Anträge 116 + 117: 2 plässchen

* eine aktuelle Kostenmitteilung liegt noch nicht vor

TOP 4.

Haushaltstests 2017 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Teilhaushalt EB 50 - Soziales und Gesundheit

2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	23.872.200	-	639.700	0	-	5.119.100	0	-	213.300	-	0	-	1.144.600	0	-
---	------------------------------------	------------	---	---------	---	---	-----------	---	---	---------	---	---	---	-----------	---	---

-	827,400	-	3,034,200	+	692,500	-	249,000
---	---------	---	-----------	---	---------	---	---------

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:	gegen:	Enthaltungen:
1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	Nach dem verabschiedeten Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen wird die Entlastung der Kommunen über Anpassungen bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) der SGB II-Bezieher, beim Gemeindeanteil an der		dauerm. 319110 Leistungsbeit. für Unterk.+Heiz. Arb.su.

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:		dagegen:		Enthaltung:	
7	Kostenersatztungen und Kostenentnahmen	97.764,200	-	6.000,000	0	0	0
				- 71.300	- 2.084.900	- 905.800	- 895.600

Um passung der Flüchtlingszählung an die aktuelle Entwicklung. Anders als in der Aufstellung des Haushaltspersonenvermögens vermutet, werden nach der inzwischen einflamig 348110 Ersättlung Land einlinderer erkennbaren von 2,4 Mio. €. Außerdem hat das Innenministerium einen Eiss vom 31.12.2015 aufgehoben. Dies führt zu einem geringeren Aufwand (s. u.) und zu einer höheren Ersättlung in dem Jahr der Flüchtlingszählung als Ertag zu veranschlagen waren, unabhängig von der tatsächlich späteren Zahlung. Hieraus ergibt sich ein weiterer Minderertrag in Höhe von

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:	dagegen:	Enthaltungen:
18	Transferaufwendungen	119.804,700	0	2.250.000

43390 Sonstige soziale Leistungen A
dauern.

Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis		dafür:	dagegen:	Enthaltungen:
		- 2.250.000	+ 1.500.000	+ 1.500.000 + 1.500.000

18 ii

Anhage 2, 2, 18 u. 19: 10/10

TOP 4

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Rastbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit											
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)										
55.500022	FB 50:Global-Sachattl. 50.4		bisher neu	23.000 48.000	15.800 15.800	1.800 26.800	1.800 1.800	1.800 1.800	1.800 1.800	0	zusätzliche Haushaltssittel in Höhe von 25.000 € für die Ersatzbeschaffung eines PKW's (Altfahrzeug aus 2009) für das Gesundheitsamt
			Veränderung	25.000		0	0	0	0	0	

Platz: 13: Dringendst sozialen Wohnraum schaffen

Vorschlags-Nr.: 3384	Bewertung: 0,813	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
Endlich günstigen Wohnraum schaffen! Überall in der Stadt wird der Wohnraum zugunsten hochpreisiger Neubauten "nachverdichtet", was durch Wegfall von Grünflächen, Baulärm und Verschlechterung des Stadtklimas als Belastung für die ansässige Bevölkerung angesehen werden muss.				
Trotz staatlicher Zuschüsse werden deren Interessen immer noch nicht berücksichtigt! Es ist ein Trauerspiel, dass sich auch mit dieser Ratskonstellation nichts gebessert hat (bringt ja auch nix fürs Stadtsäckel!). Aber was ist mit den tausenden Braunschweigern, die stillschweigend seit Jahren leiden und nicht umziehen können?				
Nutzer/in Retseim Kommentar ergänzt im Kommentar: Bei allen Neubauplanungen sollen mindestens 20 % dem sozialen Wohnraum vorbehalten bleiben.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 61				

Braunschweig wächst und hat inzwischen über 252.000 Einwohner (Stand 31.12.2015). Junge Familien ebenso wie ältere Bürgerinnen und Bürger, die vermehrt zurück in die Stadt wollen und auch Menschen mit geringerem Einkommen, sollen attraktive Wohnraumangebote in Braunschweig finden können.

Ziel der Baulandpolitik in Braunschweig ist es daher, auch in Zukunft ein breites Spektrum an Baugebieten anzubieten. Mit dem Ziel „5.000 neue Wohneinheiten von 2013 bis 2020“ verfolgt Braunschweig dabei ein Wohnungsbaprogramm, das die Bautätigkeit früherer Jahre weit übersteigt. Als gewachsene, historische Stadt setzt Braunschweig dabei zum einen auf die Entwicklung von Flächen in integrierten städtischen Lagen (zum Beispiel „Nördliches Ringgebiet“, „Langer Kamp“ und viele weitere mehr) und die Nutzung von Baulücken in vorhandenen Wohnquartieren. Die Weiterentwicklung der bestehenden Quartiere und die Stadt der kurzen Wege werden damit gefördert und das lebendige, vielschichtige Stadtbild erhalten.

Zum anderen wird die Innenentwicklung durch neue Siedlungsbereiche im äußeren Stadtgebiet, die verkehrlich - idealerweise mit Stadtbahnanschluss - gut an die Braunschweiger Kernstadt angeschlossen sind, ergänzt. Durch diese große Bautätigkeit werden neue Angebote auf dem Markt für vielfältige Nutzergruppen geschaffen. Als Beispiele für solche Projekte sind "Stöckheim-Süd", "Okeraue" in Watenbüttel oder "Heinrich der Löwe Kaserne" zu nennen. Bei aller Neubautätigkeit werden, wie im Zukunftsbild für Braunschweig festgehalten, stets die hohen Freiraumqualitäten Braunschweigs und die Lebensqualität alter wie neuer Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers im Blick behalten.

Im „Bündnis für Wohnen“ wurden zudem interdisziplinär auf Basis der Handlungsempfehlungen des Bündnisses mit der Wohnungswirtschaft, den Sozialverbänden, der Politik und der Verwaltung weitere Lösungsvorschläge zur bedarfsgerechten Steuerung der Wohnraumsituation in Braunschweig diskutiert. Die Verwaltung wird die Vorschläge des Bündnisses für Wohnen zur Schaffung und Erhaltung preiswerten Wohnraums berücksichtigen. Insgesamt müssen dabei alle möglichen Instrumente und Handlungsoptionen zur Sicherung und Schaffung von preiswertem Wohnraum wie zum Beispiel mittelbare Belegung, Ankauf und Aktivierung^① von Belegungsbindungen, eine aktive Bodenvorratspolitik, kommunale Förderung preiswerten Wohnraums in Verbindung mit Verpflichtungen für Investoren bei Neubauprojekten und andere Instrumente untersucht werden. Die Diskussion dauert noch an, eine abschließende Empfehlung liegt noch nicht vor.

Finanzielle Wirkungen: Für die Umsetzung des Aktionsplanes können in Zukunft zusätzliche Mittel erforderlich sein, deren Höhe aber derzeit noch nicht benannt werden kann. Zudem fallen keine zusätzlichen Kosten^② für die Fortführung des Bündnis für Wohnen an.

Finanzielle Wirkung	2017	2018	2019	2020	2021ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Planungs- und Umweltausschuss						
Ausschuss für Soziales- und Gesundheit						<i>zur Kenntnis genommen *</i>
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

* Der Ausschuss hat den Antrag behandelt, betrachtet ihn aufgrund des Ratsbeschlusses zu diesem Thema als erledigt.

Zwei Ausschussmitglieder unterstützen den Antrag positiv, betrachten ihn aber ebenfalls durch den Ratsbeschluss als erledigt

Platz: 18: Kapazität vom Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof optimieren

Vorschlags-Nr.:	Bewertung:	Wirkung:	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
3317	0,747	Ausgabe	1.000	

Seit diesem Frühjahr ist das Fahrradparkhaus der AWO am Hauptbahnhof morgens so voll, dass man Schwierigkeiten hat, einen Abstellplatz zu finden. Lediglich die oberen Stellplätze sind dann noch frei. Diese lassen sich aber mit vielen Fahrrädern nicht nutzen (zu hohes Gewicht, zu breite Reifen,...). Von den acht Reihen im Parkhaus sind drei Reihen für Reparatur- und Leihfahrräder reserviert. Dieser Bereich wird i.d.R. nicht vollständig genutzt. Man sollte daher diesen Bereich anteilig (z. B. erstmal eine Reihe) für die Abstellung von Fahrrädern öffnen.

Für den Betrieb vom Fahrradparkhaus ist die AWO zuständig. Sofern dieser Vorschlag angenommen wird, soll sich die Stadtverwaltung mit der AWO in Verbindung setzen und sich stellvertretend für die vielen Nutzer vom Fahrradparkhaus für eine Erhöhung der Abstellkapazitäten einsetzen.

Stellungnahme der Verwaltung

Org.-Einheit(en): FB 50

Nach Rückfrage der Stadtverwaltung bei der AWO ist dieser Vorschlag zum Bürgerhaushalt dort gut nachvollziehbar. In den Sommermonaten hat die Radstation nach dortiger Mitteilung eine Belegungsquote von über 120 %, was nur noch aufgrund von Teilzeitnutzungen händelbar ist. Entsprechend sind dann zur gleichen Zeit verstärkt Reparaturen und Fahrradausleihe nachgefragt. So werden auch für diese Bereiche verstärkt Stellplätze gebraucht. Die AWO hat aber zugesagt, noch einmal zu prüfen, ob der Zwischenstellbereich für nicht abgeholt Reparaturräder verkleinert werden kann. Spätestens ab Anfang Oktober wird nach dortiger Einschätzung der Bedarf an Stellplätzen sinken, so dass dann wieder genug Plätze im unteren Bereich vorhanden sind. Die AWO will ihre Kunden über einen Aushang ergänzend darauf aufmerksam machen, dass die Mitarbeiter gern bei der Nutzung der oberen Stellplätze helfen werden. Aus Sicht der Verwaltung könnte mit den von der AWO avisierten Maßnahmen die gewünschte und notwendige Entspannung im Fahrradparkhaus eintreten.

Finanzielle Wirkung	2017	2018	2019	2020	2021ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	
Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis	
Stadtbezirksrat Viewegsgarten-Bebelhof		14	0	0	Angenommen	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit						
Finanz- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat						

11/010 positiv z. A. genommen